

Nach der Niederschlagung der Rebellion

Lateinamerikanische Stimmen zur Entwicklung in Nicaragua

Die Nachrichten, die uns in den letzten Wochen aus Nicaragua erreichten, deuten darauf hin, dass das Regime von Daniel Ortega und Rosario Murillo die Lage im Land vorerst wieder unter Kontrolle hat. Vom Nationalen Dialog mit den protestierenden Student*innen, Campesinos/as und Rentner*innen ist keine Rede mehr, stattdessen jagen Polizei und Paramilitärs die Anführer*innen der Protestbewegung. Die Zahl der Todesopfer ist inzwischen auf über 350 gestiegen.

Wir haben für diese Ausgabe wieder einen Themenblock mit drei Beiträgen zu Nicaragua zusammengestellt. Hatten wir in der letzten ila den Fokus auf die Ereignisse und Akteur*innen in Nicaragua selbst gelegt, steht diesmal die Wahrnehmung Nicaraguas in der lateinamerikanischen Linken im Mittelpunkt.

Im ersten Beitrag stellt der argentinische marxistische Ökonom Claudio Katz die Entwicklung des Sandinismus unter Daniel Ortega in den Kontext zweier anderer degenerierter lateinamerikanischer Revolutionen, nämlich der mexikanischen von 1910 und der bolivianischen von 1952. In beiden Fällen haben sich die aus diesen Umstürzen herausgebildeten Parteien, die mexikanische PRI und die bolivianische MNR, zu reaktionären politischen Kräften entwickelt, eine Parallele zur heutigen FSLN. Auch in Mexiko war es ein Massaker an Studierenden (Tlatelolco 1968), das endgültig deutlich machte, dass die PRI jeglichen fortschrittlichen Anspruch verloren hatte. Dennoch hielt die langjährige mexikanische Regierungspartei noch bis in die 80er-Jahre des 20. Jahrhunderts an einer eigenständigen, oft im Widerspruch zu den USA stehenden Außenpolitik fest.

Weil dies auch für die heutige FSLN gelte, sei sie dem Imperium noch immer ein Dorn im Auge. Dies und die geostrategische Lage Nicaraguas führe dazu, dass die US-Regierung und ihre Verbündeten daran arbeiteten, die aktuelle Protestbewegung für ihre

Zwecke zu instrumentalisieren. Die eigenständige Außenpolitik der Ortega-Regierung und ihr verbaler Bezug auf die Tradition Sandinos sei der Grund, warum verschiedene traditionalistische und nationalistische Linksparteien in Lateinamerika Ortega weiterhin die Stange hielten, vermutet Uruguays wichtigster linker Publizist Raúl Zibechi im zweiten Beitrag. Auf der anderen Seite stehe die kritische Linke aus sozialen Bewegungen, feministischen Gruppen und linken Parteien, in Uruguay etwa die Mehrheit der Linksallianz Frente Amplio und der MLN-Tupamaros, die Ortega wegen seines Autoritarismus, seiner im Kern neoliberalen Wirtschaftspolitik und vor allem wegen der Repression kritisierten und zum Rücktritt aufforderten.

Scharfe Kritik an den linken Kräften, die Ortega noch immer verteidigen, übt im dritten Beitrag Juanónimo, ein Aktivist der heutigen nicaraguanischen Protestbewegung. Es sei vor allem eine Riege älterer traditionslinker Männer, die sich verbal für Ortega stark machten, junge Leute und engagierte Frauen seien bei den Ortega-Unterstützern in der lateinamerikanischen und internationalen Linken kaum zu finden. Wiewohl an dieser Zuweisung etwas dran ist, tut er zumindest den alten Männern der Guerilla und des revolutionären Aufbruchs der 60er-Jahre unrecht. Deren noch lebende Repräsentanten haben das Ortega-Regime und seine Repression deutlich kritisiert, sowohl die alten lateinamerikanischen Revolutionäre Manuel Cabieses aus Chile, Hugo Blanco aus Peru und Pepe Mujica aus Uruguay als auch die alte Führungsriege des revolutionären Sandinismus in Nicaragua wie der frühere Landwirtschaftsminister Jaime Wheelock, der frühere stellvertretende Innenminister Luis Carrión, der FSLN-Kommandant und Marxist Henry Ruiz, der FSLN-Kommandant und spätere Armeechef Humberto Ortega (der Bruder des jetzigen Präsidenten) und inzwischen sogar Bayardo Arce, Daniel Ortegas Wirtschaftsberater und sein letzter Parteigänger aus der alten FSLN-Führung.



Nicaragua schmerzt

Claudio Katz gilt vielen als der wichtigste linke Wirtschaftswissenschaftler Argentiniers. Den ila-Leser*innen ist er als Autor verschiedener Beiträge zur argentinischen Wirtschaftskrise in unserer Zeitschrift bekannt. Claudio Katz lebt in Buenos Aires. Er ist Mitarbeiter des Consejo Nacional de Investigaciones Científicas y Técnicas (CONICET), Professor an der Universidad de Buenos Aires (UBA) und Mitglied des Kollektivs Economistas de Izquierda (EDI).

Über Nicaragua zu schreiben ist ebenso schmerzhaft und traurig wie unabdingbar. Die Erinnerungen an die sandinistische Revolution sind in der Generation, die diesen historischen Moment miterlebt hat, noch lebendig. Zu schweigen wäre eine Beleidigung derjenigen, die an dem denkwürdigen Aufstand gegen Somoza beteiligt waren.

Die Tatsachen der letzten Monate lassen wenig Zweifel. Einer Abfolge von sozialen Protesten wurde mit brutaler Repression begegnet. Es gibt 350 Tote auf einer einzigen Seite, die auf das Vorgehen von Polizeikräften und Paramilitärs zurückgehen. In allen Fällen wurde auf unbewaffnete Demonstrierende geschossen, die sich dann wehrten oder, so gut es ging, vor dieser Jagd auf sie flüchteten.

Informationen aus zahlreichen Quellen stimmen in dieser Beschreibung überein. Schüsse aus dem Hinterhalt stiegen heftig an. Anfangs gab es einige Tote, Ende April schon 60. Diese Tragödie kam mit dem Beginn von Vermittlungsgesprächen nicht zu einem Ende. Im Gegenteil, der Dialog wurde gekrönt von 225 weiteren Verbrechen.

Für dieses wilde Wüten gibt es keinerlei Rechtfertigung. Die offiziellen Stellen (und die sie unterstützenden Stimmen) legen keinen einzigen Beweis für „terroristische Aktivitäten“ vor, die sie den Opfern anhängen. Auch gibt es keine nennenswerten Verluste auf Seiten des Regierungslagers, und für den Gebrauch von Feuerwaffen aufseiten der Oppositionellen findet sich keinerlei Nachweis.

Diese Ereignisse sind nicht nur von den Freund*innen und Verwandten der Toten verurteilt worden. Eine Fülle von Zeug*innen und ein breites Spektrum von Journalist*innen bestätigen das Geschehen. Aber am wichtigsten sind die Stimmen von Gewährsleuten, will sagen ehemaligen Kommandant*innen und Führungsfiguren des Sandinismus, die sich am besten auskennen und die die Vorfälle direkt an den Orten des Geschehens überprüft haben. Ihre Anklagen sind von höchster Glaubwürdigkeit und stimmen mit der Sichtweise langjähriger

ausländischer Weggefährt*innen der Revolution überein. Diese Stellungnahmen sind von Bedeutung, gerade weil sie die sich streitenden Akteur*innen so gut kennen.

Das Blutbad, das die Regierung Ortega angerichtet hat, ähnelt der Reaktion jedes X-beliebigen rechten Präsidenten. Das ist die typische gewalttätige Antwort des Staates auf Unzufriedenheit. In Anbetracht dieses grässlichen Verhaltens wandelte sich eine Bewegung, die zunächst lediglich einfache wirtschaftliche Forderungen hatte, zu einer Bewegung demokratischen Widerstands gegen Repression. Die ursprünglichen Proteste gegen die Reform der sozialen Sicherung wurden in Anbetracht des dantesken Szenarios mit Hunderten von Toten nach den Schüssen der Polizeikräfte undedeutend.

Die Stimme gegen dieses Verbrechen zu erheben und ein sofortiges Ende der Repression sowie die Einleitung von Verfahren gegen die Schuldigen zu fordern, muss eindeutig die erste Positionierung angesichts des Geschehenen sein.

Die Proteste gegen die Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung fanden in der Bevölkerung großen Anklang. Die Sympathie war ein Anzeichen für die existierende große Unzufriedenheit in breiten Schichten. Es herrscht Verärgerung über die offizielle Politik, die einen Bruch mit der revolutionären Vergangenheit der Regierung bedeutet.

Der *Orteguismo* (das von Daniel Ortega etablierte und auf ihn zugeschnittene System – Anm. d. Übers.) hat nicht die mindeste Ähnlichkeit mit seinem sandinistischen Ursprung bewahrt. Er ist strategische Allianzen mit dem Unternehmertum eingegangen, hat vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verlangte Maßnahmen umgesetzt, 2006 die Abtreibung vollständig verboten und danach die Beziehungen zur katholischen Kirche intensiviert. Er hat die herrschende private Geschäftswelt gestärkt,

was mit deren Aneignung öffentlicher Güter begann.

Unter Ortega herrscht ein Klientelsystem, das sich auf Wahlmaschinerien stützt.

Das Fortbestehen der alten sandinistischen Symbolik übertrücht diesen substanziellen Wandel.

Gleichwohl handelt es sich um genau die Kehrtwendung, wie sie auch in anderen früher einmal progressiven Prozessen vollzogen wurde.

Lange bevor sie sich in ein schlichtes Netz von Mafiosi umgewandelt hatte, hatte die mexikanische PRI (Partido Revolucionario Institucional) ihr Erbe aus agrarischen Transformationen und nationalistischen Traditionen beerdigt. Das gleiche geschah im Fall der bolivianischen MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario), die später jahrelang als reaktionäre Partei agierte und das bekämpfte, was sie einst vertrat. Weitere Beispiele



1) Als *guarimbas* bezeichnet man in Venezuela Straßenblockaden mit brennenden Reifen und Steinwürfen gegen anrückende Polizei. Sowohl Anhänger*innen der Regierung (Chavistas) als auch der Opposition können *guarimberos* sein; meistens sind es jedoch Anhänger*innen der (extremen) Rechten. Siehe Clifton Ross, „The Venezuelan Guarimba“, 17.4.2013, <https://www.counterpunch.org/2013/04/17/the-venezuelan-guarimba>

für politische Regression, wie sie nun von Ortega reproduziert wird, gibt es bei anderen lateinamerikanischen Parteien, die sich von ihren früheren sozialistischen oder antiimperialistischen Zielen vollständig gelöst haben.

Die Repression schließt jedoch eine noch weniger rückgängig zu machende Kehrtwende ein. Sie transformiert eine verbürgerlichte Formation in eine Organisation, die im absoluten Gegensatz zur Linken steht. Wenn der Polizeiapparat aus dem Hinterhalt mordet, wird ein definitiver Bruch mit einer progressiven Perspektive vollzogen. Diese unumkehrbare Regression hat in den letzten Monaten stattgefunden.

Die substanziellen Unterschiede zu Venezuela haben ihre Wurzeln nicht nur in dem Fortdauern des bolivarianischen Prozesses, der in einem Rahmen von noch nicht dagewesener Feindschaft zur Rechten in Konfrontation steht und die Souveränität verteidigt. Konfrontiert mit einer Unzahl von Straßenblockaden, *guarimbas*¹, hat der Chavismus gegen Putschversuche, paramilitärische Vorstöße und Provokationen von Gruppen, die von der CIA aus-

Diese Bewegung mit einem anfänglich geringen Politisierungsgrad begann bald, klarere Haltungen zur repressiven Hetzjagd einzunehmen. Ihre Positionierung wurde in Anbetracht des Scheiterns der Dialogrunden, die die Regierung verbal akzeptierte, in der Praxis aber boykottierte, deutlicher.

Unter all den Stellungnahmen, die in den letzten Wochen verbreitet wurden, sticht die Herangehensweise von Manuel Cabieses heraus, eines anerkannten und führenden chilenischen Revolutionärs², da sie auf Aspekte eingeht, die anderswo nicht angesprochen werden. Manuel Cabieses betont die Legitimität der Proteste, prangert Ortegas Verrat an und stellt das komplizenhafte Schweigen vieler progressiver Strömungen zu der Repression in Frage. Er warnt jedoch auch vor der Instrumentalisierung der Proteste durch die Rechten und weist darauf hin, dass die Vereinigten Staaten den Konflikt ausnutzen werden, um die Regierung zu unterterminieren. Er stellt ferner fest, dass ein Teil der Bevölkerung weiterhin den *oficialismo* (die offizielle Partei, die staatlichen Stellen

– Anm. d. Übers.) unterstützt, und er tritt für eine friedliche Lösung ein, damit nicht die nicaraguansiche Bourgeoisie und deren imperialer Auftraggeber die Nutznießer eines eventuellen Sturzes Ortegas würden.

Diese Sichtweise ist eine sehr gute Synthese der moralischen Abscheu angesichts des Abschlachten und der Anerkennung des Umstands, dass im Lande eine komplexe Situation entstanden ist. Obgleich Ortega ohne Skrupel mit allen Exponent*innen der Reaktion paktiert, sind die USA darauf aus, ihn davonzujagen. Sie tolerieren die Autonomie nicht, die Nicaragua in seiner Außenpolitik bewahrt hat. Dieses Land ist nicht nur Teil von ALBA und hat enge Verbindungen zur venezolanischen Regierung. Es hat auch die Absicht, mit chinesischer Finanzierung einen interoze-

anischen Kanal zu bauen, und dies in der heißesten Region des „Hinterhofs“ der Großmacht Nummer 1.

Wie sich während des Staatsstreichs gegen Präsident Manuel Zelaya in Honduras im Juni 2009 zeigte, behandeln die Vereinigten Staaten die kleinen mittelamerikanischen Länder als Kolonien zweiten Ranges. Sie akzeptieren nicht den geringsten Ungehorsam dieser Nationen. Aus diesem Grunde wurden bereits sämtliche Fangarme ausgefahren, um die führenden Kreise des Protests zu kooptieren, damit sie auf Linie sind für den Fall, dass künftig eine Marionette des Imperiums anstelle von Ortega installiert wird. Das Treffen einer Reihe von Studentenführer*innen mit anticastristischen, ultrarechten Kongressabgeordneten (und Treffen gleicher Art in El Salvador) machen die sichtbarsten Episoden der neuen Operation aus, die Trump unternimmt.

Die Vorbereitungen für solch eine Aggression nicht zur Kenntnis zu nehmen, wäre unzulässige Blauäugigkeit. Derselbe Ortega, der das Volk brutal attackiert, wird vom State Department als Feind betrachtet, den es unter die Erde zu bringen gilt. Solche



Fotos: SOS NICARAGUA

SOS Nicaragua beim Christopher Street Day 2018 in Berlin

gebildet worden sind, angekämpft. Er hat viele Ungerechtigkeiten begangen und ist mit einer Reihe von Kämpfer*innen aus dem Volk übel umgesprungen, aber die zentrale Auseinandersetzung ist die mit der vom Imperialismus betriebenen und finanzierten Destabilisierung gewesen.

Was in Nicaragua geschah, ist etwas völlig anderes. Die Proteste waren nicht von Washington aus ferngesteuert. Sie sind von unten entstanden, gegen die vom IWF empfohlenen Reformen, und sie verbanden sich später spontan untereinander, um verletzte Rechte zu verteidigen. Ebenso wenig haben die Hauptfiguren der Konservativen die Revolte vorangetrieben, sind sie doch im Gegenteil zahllose Pakte mit der Regierung eingegangen. Zu den Demonstrationen kam ein heterogener Haufen von Unzufriedenen zusammen, die unter der Leitung der Kirche und der Studentenschaft agierten. Die unterschiedlichen kirchlichen Schattierungen folgten nicht ein und demselben Textbuch und die Studierenden gruppieren sich in unterschiedliche interne Strömungen mit linken und rechten Führungspersonen.

2) Manuel Cabieses Donoso (Jg. 1935) war bis März 2018 Herausgeber und *director* der Zeitschrift *Punto Final*, dem wichtigsten Organ der radikalen Linken in Chile, vgl. Manuel Cabieses Donoso, *La lección de Nicaragua*, 17. Juli 2018, <https://www.nodal.am/2018/07/la-leccion-de-nicaragua-por-manuel-cabieses-donoso/>

Widersprüche hat es in der Geschichte sehr häufig gegeben. Die Linke muss gründlich über sie nachdenken, wenn es darum geht, Position zu beziehen. Es ist ausgesprochen wichtig, nicht bei den Kampagnen der OAS, der Organisation Amerikanischer Staaten, und dem Kriegsgeschrei eines Vargas Llosa mitzumachen, der das Comando Sur der US-Armee einschalten will.

Die Feststellung, dass ein Teil der Bevölkerung weiter den Sandinismus unterstützt, ergibt sich aus einem Blick auf die Ergebnisse der letzten Wahl. Doch geht Cabieses nicht nur von dieser Tatsache aus, wenn er sich für eine friedliche Lösung ausspricht. Verhandlungen würden aus seiner Sicht das Umschlagen der gegenwärtigen Revolte in eine noch größere Konfrontation mit schrecklichen Opferzahlen und verheerenden Folgen auf geopolitischer und nationaler Ebene vermeiden.

Was an zwei Orten im Nahen Osten geschehen ist, ist Anlass genug, um derartige Konsequenzen zu befürchten. Sowohl in Libyen als auch in Syrien herrschten Regierungen, die ursprünglich progressiv waren und sich soweit zurückentwickelten, dass sie Repression als Mittel gegen Aktivist*innen und gegen die Bevölkerung anwandten. Gaddafi ließ Palästinenser ins Gefängnis stecken und Assad ließ ziellos auf die Bevölkerung schießen. In beiden Fällen endeten Versuche, den arabischen Frühling weiterzutragen, in enormen Tragödien. Der libysche Staat ist inmitten von Gier und Streitigkeiten unter rivalisierenden Clans praktisch verschwunden. In Syrien passierte noch Dramatischeres. Dort wurden die Proteste erst von den Dschihadisten kontrolliert, dann erlitt das Land das schlimmste humanitäre Desaster der letzten Jahrzehnte. Die historischen Realitäten und die politische Szenerie im Nahen

Osten und in Mittelamerika sind sehr unterschiedlich. Doch handelt der Imperialismus in beiden Regionen mit denselben Herrschaftsabsichten. Ohne irgendeine Rücksichtnahme zerstört er Gesellschaften und Länder. Hätten sie die Partie in Venezuela gewonnen, wäre das Land ein Friedhof ähnlich wie der Irak, das Erdöl befände sich in den Händen der großen US-amerikanischen Konzerne.

Aus diesen Gründen gilt es zu keinem Moment zu vergessen, wer der Hauptfeind ist. Eine friedliche Lösung in Nicaragua ist der beste Weg, um das gefährliche Ausnutzen des Konflikts durch das Imperium zu vermeiden. Der Mechanismus für solch einen Ausweg war in der Forderung nach Dialog stark präsent, um mögliche vorgezogene Wahlen auszuhandeln. Diese Forderung ist etwas ganz anderes, als die Regierung mit einer Diktatur gleichzusetzen und ihren Sturz zu verlangen.

Anscheinend hat die Spannung in den letzten Wochen nachgelassen, allerdings nicht wegen Fortschritten bei den Verhandlungen, sondern wegen verschärfter Repression. Ortega hat sich durch Schwingen der Peitsche eine Atempause verschafft. Doch hat sein Verhalten eine Kluft im Verhältnis zu der rebellierenden Jugend geschaffen, die nicht wieder zu schließen ist. Sein Bruch mit der Linken ist definitiv. Die revolutionäre Tradition des Sandinismus wird wieder auftauchen, allerdings wird das auf der dem *Orteguismo* entgegengesetzten Straßenseite sein. ■

Der Originalversion des Textes ist am 26. Juli 2018 auf der Website <https://katz.lahaine.org/nicaragua-duele/> erschienen. Übersetzung und Anmerkungen: Wilfried Dubois und Gaby Küppers.

Die Linke nach Nicaragua

Raúl Zibechi, der unseren Leser*innen durch viele Beiträge in der *ila* bekannt ist, gilt heute als wichtigster linker Publizist Uruguays. Für viele hat er die Lücke gefüllt, die Eduardo Galeano nach seinem Tod hinterlassen hat, als kritischer politischer Autor und als moralisches Gewissen der Linken in Uruguay und weit darüber hinaus.

Das Ende des „real existierenden Sozialismus“ und der Fall der Berliner Mauer haben in Lateinamerika recht deutliche Effekte gehabt, wenn auch beschränkt auf die kommunistischen Parteien und deren Einflussbereiche. Dieser Umstand konnte aber den Aufstieg progressiver Kräfte nicht aufhalten, die zu dieser Zeit die Kommunalverwaltungen großer Städte eroberten, darunter São Paulo (1989), Porto Alegre (1991), Montevideo (1990) und Caracas (1993). Die Übernahme dieser Stadtverwaltungen war die erste Phase eines unaufhaltsamen Wachstums der fortschrittlichen und linken Kräfte, die diese Positionen als politische Plattformen nutzten, um neue Regierungsformen zu er-

VON RAÚL ZIBECHI

proben. Dazu gehörten vor allem die partizipativen Ansätze, die die PT in Porto Alegre praktizierte und die ein breites Echo fanden. Gerade einmal zehn Jahre nach dem Fall des „real existierenden Sozialismus“ (1989-1991) begannen die fortschrittlichen Bewegungen nationale Wahlen zu gewinnen und wurden im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends zu hegemonialen Kräften in Lateinamerika.

Die Krise in Nicaragua erwischt die Linke im schlechtesten Moment. Die verschiedenen Reaktionen auf die Vorgänge und auf das Verhalten des Regimes Ortega-Murillo führen zu Spaltungen, wie sie in dieser Schärfe unter den politischen Kräften, die sich selbst als links oder fortschrittlich bezeichnen, nicht üblich waren. Zunächst einmal muss man festhalten, wie tief diese Spaltung ist, die Parteien, Politiker und Intellektuelle aus fast allen Ländern betroffen hat. Anfangs sprachen sich die Parteien, die im Forum von São Paulo zusammengeschlossen sind, für die Regierung von Daniel Ortega aus. Es handelt sich dabei um den größten Zusammenschluss linker Parteien in der Region. In den folgenden Tagen jedoch stimmten einige dieser Parteien in ihren Nationalparlamenten für entgegengesetzte Positionen. Dies gilt beispielsweise für die Frente Amplio in Uruguay, die einstimmig einen Aufruf unterstützte, welcher die Repression verurteilt. Das

macht deutlich, dass die Entscheidungen des Forums keineswegs die Haltung der gesamten lateinamerikanischen Linken ausdrücken. Bei den führenden Politikern lässt sich eine vergleichbare Spaltung erkennen. Die Regierungen von Bolivien, Kuba und Venezuela erklärten ihre Unterstützung für Ortega, aber José Mujica (historischer Führer der ehemaligen Stadtguerilla MLN-Tupamaros und Staatspräsident Uruguays 2010-2015 – die Red.) sprach sich nach längerem Schweigen für den Rücktritt der Regierung in Nicaragua aus. „Manche, die gestern noch Revolutionäre waren, haben die Orientierung im Leben verloren“, sagte er, nachdem er ein Ende der Repression gefordert hatte. Auch in Argentinien, Chile und Mexiko ist die Linke tief gespalten. Gleiches gilt für die Intellektuellen, von denen viele auch schweigen. Der brasilianische Theologe Leonardo Boff kritisierte die nicaraguanische Regierung, wohingegen der Argentinier Atilio Borón die Repression verteidigt hat. Die argentinische Zeitung „Página 12“ hüllt sich in Schweigen, während „La Jornada“ in Mexiko ihre Ablehnung des Regimes mehrfach betont hat.

Sicherlich werden diese unterschiedlichen Positionen im Hinblick auf Nicaragua nicht zu Stimmenverlusten für die linken Parteien führen, aber sie werden ihre aktiven Mitglieder und die Personen im Umkreis der jeweiligen Führungszirkel betreffen. Während sich die Linke in einer tiefen Legitimitätskrise befindet, ist die fortschreitende Spaltung nicht hilfreich, wenn es darum geht, vor der Gesellschaft ein einheitliches Bild zu präsentieren. Es ist zwar noch zu früh für

Schlussfolgerungen, aber es sieht so aus, als käme die schärfste Kritik an der Regierung in Managua von der Basis und den mittleren Kadern der linken Parteien, die Druck auf ihre Führungen ausüben.

Ein weiterer Umstand, den man festhalten muss, ist das Ausmaß, in dem hier Geopolitik und soziale Kämpfe durcheinandergehen. Genau genommen durchdringt diese Vermischung alle politischen Kräfte in der Welt, eine Folge der hegemonischen Verschiebung, die wir gerade erleben. Auf der Rechten dominiert eindeutig ein Diskurs, der den USA zugeneigt ist. Aber man kann und will auch die Verbindungen zum „chinesischen Kommunismus“ nicht abreißen lassen, denn China ist ebenso das wichtigste Ziel für Exporte wie Quelle üppiger Investitionen. Die konservative Regierung von Mauricio Macri hat ihre strategische Allianz mit China inzwischen erneuert und vertieft.

Auf der Linken gibt es zwei Argumentationsweisen. Einige führen die Probleme fortschrittlicher oder linker Regierungen auf den Imperialismus zurück, den sie auch hinter dem Aufstand in Nicaragua vermuten. Diese Position scheint in der Minderheit zu sein. Auf der anderen Seite wird die Rolle der USA zwar nicht vernachlässigt, aber man betont auch das Recht der Bevölkerung, sich zu verteidigen, sich zu mobilisieren und Widerstand zu leisten gegen das, was als das autoritäre Regime Ortega-Murillo bezeichnet wird.

Es liegt auf der Hand, dass wir noch eine ganze Zeit in diese Debatte verstrickt bleiben werden. Manche Argumente führen zu einer Rechtfertigung der Repression, solange die Linke regiert, während sie verurteilt wird, wenn sie von der Rechten ausgeübt wird. Der Tod eines Demonstranten wie Santiago Maldonado in

Argentinien hat energische Proteste der Bewegungen ausgelöst, und das zweifellos zu Recht. Aber viele bleiben angesichts von Hunderten Toten in Nicaragua stumm. Es ist klar, dass hier etwas nicht in Ordnung ist.

Das dritte Problem, das die gegenwärtige Situation an den Tag bringt, ist die Unfähigkeit, die gegenwärtigen Vorgänge gelassen und ernsthaft zu analysieren. Anklagen und Slogans ersetzen Argumente und Begründungen. Andersdenkende zu kriminalisieren ist der schnellste Weg, um einfache Mitglieder der Politik zu entfremden und diese zur Sache für Experten zu machen. Besonders Jugendliche und Frauen werden davon abgestoßen, da sie am wenigsten geneigt sind, sich von opportunistischen Reden manipulieren zu lassen.

Dem nordamerikanischen Imperialismus werden in Lateinamerika derart viel Hass und Ablehnung entgegengebracht, dass wir häufig dazu neigen, gegenüber der Repression in Ländern wie Russland oder China (in denen ein Teil der Linken die neuen Retter sieht) übermäßig tolerant zu sein.

Das vierte und letzte Problem betrifft unsere Identität, wir haben es also mit einer größeren Herausforderung zu tun. Für die Linke war die Ethik immer von zentraler Bedeutung: Gleichheit, Solidarität, sich von der Vernunft leiten zu lassen und so weiter und so fort... Wenn wir davon ausgehen, dass diese Ethik Markenzeichen unserer Identität ist, dann darf, um ein extremes Beispiel zu nennen, ein linker Aktivist niemals Folter akzeptieren.

Aber wenn diese Folter ausgeübt wird, um eine Volksherrschaft zu verteidigen, denken wir dann immer noch so? Diese Debatte reicht sehr tief und hat eine lange Geschichte, seit 1921 der Matrosenaufstand in Kronstadt von der Sowjetmacht in Blut ertränkt wurde, was von der bolschewistischen Führung, von Lenin bis Trotzki, verteidigt wurde.

Es ist klar, dass wir weitgehend übereinstimmen, wenn es darum geht, die Forderungen der Bevölkerung gegen rechte Regierungen zu verteidigen, wie zum Beispiel in Argentinien in der Diskussion um die Reform des Abtreibungsgesetzes oder in Brasilien gegen die Regierung Temer. Schwierig wird es, wenn „die Unsrigen“ an der Regierung sind oder wenn wir es mit Personen zu tun haben, die fortschrittliche Parolen schwingen, während sie neoliberale Politik machen. Ich persönlich finde, dass die Dinge in Nicaragua sehr klar liegen. Das Regime Ortega-Murillo hat vom ersten Tag an mit der reaktionären katholischen Kirche und mit der Unternehmerschaft unter einer Decke gesteckt, pflegt gute Beziehungen zu den USA und hat von der Korruption und insbesondere von der Unterstützung seitens der venezolanischen Regierung profitiert, indem es deren Öllieferungen weiterverkauft. Niemals hat es sich um eine auch nur andeutungsweise linke und fortschrittliche Regierung gehandelt. Aber das ist jetzt nicht entscheidend. Auch wenn die Regierung echte linke Politik gemacht hätte – könnten wir jetzt angesichts der Repression und der Gewalt Stillschweigen bewahren? Das ist in meinen Augen der Kern der ganzen Angelegenheit. Wo ziehen wir die rote Linie? In meinem Leben als Aktivist ist diese Linie immer an der gleichen Stelle verlaufen, wo sie auch heute noch verläuft: Wir können keine Repression akzeptieren, niemals und unter keinen Umständen. ■

Das Regime Ortega-Murillo hat vom ersten Tag an mit der reaktionären katholischen Kirche und mit der Unternehmerschaft unter einer Decke gesteckt, pflegt gute Beziehungen zu den USA und hat von der Korruption und insbesondere von der Unterstützung seitens der venezolanischen Regierung profitiert.

Waisenkinder der Linken

Ein Wutschrei aus Nicaragua

VON JUANÓNIMO

Vorworte und Einführungen sind unnötig. Es ist nicht wichtig, wer ich bin, einer von vielen mit maskiertem Gesicht. Ich wurde in Nicaragua geboren, mitten im Krieg und der Revolution der 80er-Jahre. Von meiner Mutter lernte ich, mich für das Volk und für die Werte des Sandinismus einzusetzen. Und von meinem Vater blieb mir nur ein Foto, das ihn als Milizsoldat zeigt, der mich, ein zartes neugeborenes Baby, auf seinen Armen trägt. Ich bin einer von den vielen, die sich eine Maske überziehen mussten, als die Regierung ihre ablegte.

Was mich heute antreibt oder eher verpflichtet, diese Zeilen zu schreiben, ist ein Gefühl von *Encachimbamiento*¹, wie wir in Nicaragua sagen; es kommt aus meinem Inneren und wird von vielen Menschen so empfunden.

Um einander besser zu verstehen, werde ich Ihnen zuerst sagen, dass der Nicaraguaner eine gesellige und lebhaftige Natur ist, aber normalerweise ziemlich zurückhaltend darin, Ärger zu zeigen. So als ob es ein Zeichen der Schwäche wäre, öffentlich seine Wut zu demonstrieren (oder „alles hinzuschmeißen“ wie man hier auch sagt), so haben wir eine Skala von Emotionen, die breiter ist als anderswo. Wenn im Rest der Welt jemand wütend ist, sagt man hier, er sei „verärgert“, während die höchste Stufe in dieser eigenartigen Skala eine eigene, genuine Bezeichnung besitzt, das *encachimbamiento*. Der Diktator Somoza konnte das Ausmaß dieses Phänomens am eigenen Leib verspüren und heute, 40 Jahre später und mit vielen Ähnlichkeiten, bekommt es auch die doppeköpfige Diktatur von Ortega-Murillo zu spüren.

Das *Encachimbamiento* ist kein einfacher Anstieg des Blutzuckers oder ein plötzlicher Wutanfall, sondern es handelt sich dabei um einen Prozess der sozialen Chemie, um eine allmähliche Entwicklung, die bisher noch nicht genügend von der Politologie untersucht wurde. Es ist wie ein Zustand innerer Gärung, das Ergebnis von mehreren und wiederholten Rückschlägen, von Wut, Frustrationen und aufgestauten Erniedrigungen, die dazu führen, dass urplötzlich die Mauern der Angst verschwinden und hochentzündliche Dämpfe entstehen.

Dieses *Encachimbamiento* hat genau zu der Situation geführt, in der sich Nicaragua seit dem 19. April befindet. Soweit ist die Sache klar. Aber infolge all dessen ist in mir, wie auch bei vielen anderen *Compañeras* und *Compañeros*, eine andere Wut entstanden. Man könnte sogar sagen, dass wir „sehr ärgerlich“ sind, und zwar auf die angepasste internationale Linke. Ich würde sogar sagen, dass ich *encachimbado* bin.

Ich bin wütend auf diese steinzeitliche Linke, die sich mit all ihren Zweifeln, ihrer Ängstlichkeit und ihrem Schweigen zum Komplizen der blutigen Repression macht, die sich gegen eine authentische zivile Aufstandsbewegung richtet. Eine Linke, die im Vorbeigehen auch noch den Zug der Geschichte unwiederbringlich verpasst, obwohl dies ein kleineres Übel wäre. Denn während ihre Obergurus ihre Zeit damit verbringen, in ihren Foren und Denkfabriken bedächtig über „weiche Putsche“, „Revolutionen der Farben“ oder die

imperialistischen Thesen von Gene Sharp zu debattieren, schwärmen die Mörder des Regimes Ortega-Murillo, ermutigt und bestärkt in ihrem heiligen „revolutionären“ Krieg, zur Jagd aus, um voller Stolz die (größtenteils unbewaffneten) Oppositionellen, die sie als „Vandalen“, „Verbrecher“ und „Terroristen“ bezeichnen, zu verfolgen, zu entführen und zu töten.

Wie bequem sind diese ideologischen Orientierungspunkte, um den legitimen sozialen Protest in eine Verschwörung des CIA für einen Putsch zu verwandeln! Und wie nützlich sind sie für Ortega-Murillo, die ihre Geschäfte verteidigen und ihre Verbrechen rechtfertigen können, indem sie sich als unantastbare Revolutionäre präsentieren! Sie stellen sich als Opfer dar, die von einer Horde Jugendlicher und „rechter Vandalen, ...vom Imperialismus finanziert“, belagert werden. Dabei wollen die Protestierenden nichts anderes als das, was sie selbst in ihrer revolutionären Phase vor 40 Jahren erreichen wollten, den Diktator zu stürzen! Welche Ironie! Und welche Verachtung! Ist es tatsächlich so, dass die Kämpfe des Volkes keinen Wert haben, wenn sie nach Meinung von Ortega-Murillo nicht in einen korrekten strategischen Kontext eingebettet, nicht zum richtigen Zeitpunkt durchgeführt und nicht von ihnen angeführt werden? Sind die Kämpfe gegen eine Diktatur je nachdem gut oder schlecht, ob sie gegen eine rechte oder eine sich als links bezeichnende Diktatur geführt werden?

Es muss wohl so sein, dass wir jung, ungebildet, ohne theoretische Grundlagen und ohne Lebenserfahrung sind und an Kurzsichtigkeit leiden. Denn wo wir einen Kampf der Demokratie gegen den Autoritarismus sehen, sehen sie berechnete Staatsinteressen; sie sehen Verschwörungen in großem Maßstab, gegen die strategische Kämpfe geführt werden müssen, um das Terrain der Linken nicht zu verlieren. Was für ein Pech, dass unser Kampf so sehr diesen berühmten „Revolutionen der Farben“ ähnelt, dass er vom Hohen Rat der Revolutionäre mit ihnen gleichgesetzt wird!

Meine Herren der angepassten Linken (und ich sage Herren, weil es unter ihnen glücklicherweise fast keine Damen gibt), gestatten Sie uns bitte trotzdem, Ihnen hier einige eigene Überlegungen zu präsentieren.

Als erstes: Wir kennen unsere Geschichte. Diese Geschichte ist von dem Unglück gezeichnet, im Hinterhof eines Imperiums geboren zu sein, mit allen Folgen, die das mit sich bringt. Darüber hinaus war Nicaragua der Ort für den Bau eines interozeanischen Kanals, der lange bevor es ihn überhaupt gab, bereits zu mehreren Bürgerkriegen und vielen Invasionen der US-Marines geführt hatte. Nicaragua war schon immer ein Knotenpunkt geopolitischer und geostrategischer Interessen und damit sich an einem Ort wie diesem etwas ändert, ist es nicht immer genug, dass die Leute darüber entscheiden. Man muss auch an höherer Stelle um Erlaubnis bitten.

Wir sind nicht naiv. Wir wissen, dass die Gringos immer versuchen werden zu intervenieren, die ursprünglichen sozialen Veränderungsprozesse abzuwürgen oder sie in ihre Richtung zu lenken, wie klein und schwach sie auch erscheinen mögen.

1) Wenn sich jemand in Nicaragua *encachimbado* fühlt, dann meint er oder sie damit „angeschissen“, „erniedrigt“, „betrogen“, „hintergangen“, „verarscht“ und ist „stinksauer“, „äußerst aufgewühlt“, „total angepisst“, „tobend vor Wut“ und ist „kampfbereit“. *Encachimbamiento* ist das dazu gehörige Hauptwort. (Anm. d. Übers.)

Aber auf diese Bedrohung so zu reagieren, dass jegliche nicht von oben kontrollierte Initiative des Volkes als Staatsstreich bezeichnet und das eigene Volk im Namen revolutionärer Prinzipien maskiert wird, ist nicht nur unmoralisch und unzumutbar, sondern es ist auch völlig kontraproduktiv, denn während das passiert, spielen die Gringos die Rolle der Guten, erscheinen als die

einzigsten Beschützer der Demokratie und der Menschenrechte und überlassen der Linken die unrühmliche Rolle, eine völlig unvertretbare Sache zu verteidigen.

Im Namen welcher Prinzipien und welcher Ethik kann so viel Grausamkeit gerechtfertigt werden, so viel Perversität, mit der man unser Volk bestraft? Denn in Wirklichkeit handelt es sich um eine exemplarische Bestrafung für Undankbare, für Widerspenstige, launische Rückfällige dafür, dass sie auf der Finca Unruhe stiften, die das Regime bisher friedlich kontrollierte.

Wie kann man mit so einem Hass regieren? Welche Geistesverwirrung kann zu dem Befehl veranlassen, die Krankenhaustore für junge Leute zu schließen, die verbluteten, oder dazu, Ärzte nur deswegen zu entlassen, weil sie verletzte Demonstranten behandelt hatten? Oder vergiftete Nahrung an die Studenten an den Barrikaden zu liefern? Oder Säure in die Gesichter der Demonstranten zu gießen? Oder die Polizisten umbringen zu lassen, die nicht mehr an den Massakern teilnehmen wollten? Oder den Angestellten des Bürgermeisteramtes von Managua 2500 Córdoba extra zu zahlen, damit sie mit der Erlaubnis zu töten und zu rauben auf die Jagd gingen? Und selbst als die „Säuberungsaktionen“ schon

abgeschlossen waren, noch weiterhin die Menschen verfolgten, bedrohten, entführten und folterten? Nur um einige absolut bewiesene und unwiderlegbare Fakten zu erwähnen.

Von welcher Linken reden wir, die in der Lage ist, derartige Gräueltaten zu begehen und zu decken?

Diesen mörderischen Abweg und diese Vetternwirtschaft einer Bananenrepublik mit einem sozialistischen, sandinistischen oder minimal linken Projekt zu verwechseln, sie zu verteidigen oder auch nur Neutralität ihnen gegenüber vorzutauschen, ist nicht nur ein gewaltiger Fehler, sondern es ist auch eine Schmach, die die Geschichte kaum verzeihen wird.

Es ist eine Sache, zu erkennen, dass das Imperium heute seine Methoden mit viel schwerer zu erkennenden Strategien verfeinert hat, die im Einklang mit der heutigen Ära der Massenkommunikation und deren Manipulationen stehen. Eine ganz andere Sache ist es, diese Analyse mechanisch auf jede Situation des Bürgerprotestes zu übertragen oder politische Regimes, allein deswegen, weil sie sich als sozialistisch oder revolutionär bezeichnen, von jeglicher Verantwortung freizuspre-

chen. Im Namen dieser sakrosankten Prinzipien muss unser Volk Schandtaten und Schrecken ertragen, die noch nicht einmal Somoza in so kurzer Zeit verübt hat.

Dies wäre reiner Unsinn, eine Beleidigung der Intelligenz, aber vor allem eine Haltung tiefer elitärer Verachtung gegenüber dem Kampf eines unbewaffneten (wie lange noch?) Volkes, das angesichts des wiederholten Amtsmissbrauchs seine Angst verliert und auf die Straße geht und so seine Erinnerung und seine Würde wiedererlangt. Ein Unsinn vor allem deswegen, weil das Regime von Ortega-Murillo, aus welcher Sicht man es auch betrachtet, bei weitem nicht links ist, so sehr es sich auch darum bemühen mag, seine neoliberale Politik mit lästiger pseudo-revolutionärer Rhetorik zu übertünchen. An dieser Regierung ist nichts anderes links als der Briefkopf und der Stempel. Und die hat sie mit Tricks einer Partei gestohlen, die sie zudem jeglicher Substanz beraubt und in eine Wahlmaschinerie und ein Unterdrückungsinstrument verwandelt hat, das ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen dient.

Darüber hinaus hat die Regierung Ortega-Murillo die IWF-Maßnahmen vorbildlich umgesetzt.

Was würde wohl Sandino, der seinen Kampf gegen die in Nicaragua wirkenden Bergbauunternehmen begann, dazu sagen, dass die Regierung, die heute seinen Namen usurpiert, den größten Teil der Bergbauaktivitäten an große multinationale Firmen verkauft hat, ganz zu schweigen von dem Verkauf der Konzession für den Bau des interozeanischen Kanals an ein zweifelhaftes chinesisches Unternehmen, das den Bauern ihr Land wegnimmt, ohne sie zu konsultieren oder wenigstens zu versuchen, sie zu überzeugen? Was ist links an der Politik einer Person, die imstande ist, jeden Trick anzuwenden, um sich selbst, seine Frau und die ganze Bagage seiner Kinder, die alle an der Spitze von Unternehmen, Geschäften und TV-Kanälen usw. stehen, an der Macht zu halten? Wie kann man die Figur Ortegas nach seiner abscheulichen Geschichte des jahrelangen sexuellen Missbrauchs seiner damals minderjährigen Stieftochter Zoilamérica weiterhin als einen Vertreter der Linken ansehen?

Was ist links an einer Person, die bereit ist, sich mit der katholischen Kirche zu verbünden und ein mittelalterliches Gesetz zu verabschieden, das den Schwangerschaftsabbruch sogar aus therapeutischen Gründen verbietet (das also Ärzten Abtreibungen selbst dann untersagt, wenn diese zur Rettung des Lebens der Frauen erforderlich sein sollten)?

Aber selbst mit so viel Nachsicht und so vielen Pakten ging dieses Spiel schief. Nach elf Jahren des Schäkerns mit dem Großkapital, mit der Kirche und sogar mit den USA fühlt Daniel Ortega sich plötzlich betrogen und greift in zynischer Weise auf die „revolutionäre“ Artillerie zurück. Über Nacht verwandelte sich die private Wirtschaft in eine Gruppe von Putschisten, wurde aus der Kirche eine satanische Sekte und aus der Jugend, dem „heiligen Schatz“ der Nation, wurde eine vom Imperialismus bezahlte Bande von Vandalen, Terroristen und Kriminellen.

Einmal an diesem kritischen Punkt angekommen, ist es das Wichtigste für Daniel Ortega, die Plakette des Linken nicht zu verlieren und weiterhin das Märchen zu verkaufen, dass er die letzte antiimperialistische Bastion ist und dass daher all diejenigen, die in Opposition zu seinem Regime stehen, nichts weiter sind als eine Bande von Somozisten, Liberalen und Freunden des Imperialismus.

Es ist jedoch kein Widerspruch, wenn man feststellt, dass die ersten, die versuchen, aus der aktuellen Situation Kapital zu schla-



Foto: RICARDO RIVERA

gen, immer dieselben sind, diejenigen, die am besten darauf vorbereitet sind und die meisten Mittel und Erfahrungen dafür besitzen, die Rechte, unterstützt von den USA und ihren vielfältigen Handlangern.

Es ist offensichtlich, dass die Gringos immer bereit sind, im Trüben zu fischen und soziale Prozesse in die Richtung ihrer eigenen Interessen umzuleiten. Aber was machen wir dann? Setzen wir uns ab? Werfen wir das Handtuch? Oder führen wir unseren Kampf alleine weiter?

Tatsache ist, dass es angesichts der Unfähigkeit der Linken, die wahrhaftigen Veränderungsprozesse zu begleiten und zu orientieren, für die Gringos viel leichter und bequemer ist, diese Bewegungen zu verurteilen und zu unterdrücken.

Aber lassen wir uns auch hier nicht täuschen. Wenn die USA dieser Regierung keinen stärkeren Schlag zugefügt haben, ist das nicht aus Mangel an Mitteln oder Ideen geschehen, sondern weil es in irgendeiner Weise ihren Interessen in der Region dient und weil Gringos, wie auch die Rechte, mehr Angst vor einer Volksrevolte haben, die sie nicht kontrollieren, als vor einer Tyrannei, mit der sie verhandeln können. Daniel Ortega weiß dies sehr gut und nutzt es aus, indem er damit droht, dass die ganze Region ohne ihn in ein unkontrollierbares Chaos stürzen würde.

Und was denkt die angepasste Linke angesichts all dieser Verhältnisse?

Es ist richtig, dass Interessenverflechtungen nicht allzu viele Interpretationen zulassen. Aber außerdem sind viele der Obergurus auch nicht bereit zu riskieren, dass ihr antiimperialistischer Lebenslauf infrage gestellt wird, indem sie ihren alten politischen Weggefährten ihre Unterstützung versagen. Bestenfalls können sie zugeben, dass Daniel Ortega Fehler gemacht hat, dass ihm die Dinge ein wenig aus der Hand geglitten sind oder dass all dies passiert ist, weil seine Frau Rosario sich in Angelegenheiten eingemischt hat, die sie nichts angingen.

Aber am Ende kommen sie angesichts der Präsenz des Imperialismus immer zum gleichen Schluss: Der Zweck heiligt die Mittel. Daher ist es auch „nicht an der Zeit, in Debatten einzutreten, die das Lager des Fortschritts in Lateinamerika schwächen“. Dies ist für sie ein ausreichender Grund dafür, Nicaragua im Namen der ALBA (Bolivarianische Allianz für die Völker Amerikas) weiterhin bluten zu lassen. In dieser Logik sagen viele, sicherlich hinter vorgehaltener Hand, von Daniel Ortega dasselbe, was die Gringos einmal über den mit ihnen verbündeten Diktator Somoza gesagt haben, um seine blutigen Gewalttätigkeiten zu rechtfertigen: „Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn!“ Und dann fahren sie in ihrer Argumentation fort, dass „das, was nach Daniel kommen würde, ein Risiko bedeuten könnte“. Es ist sicherlich richtig, dass in diesem Land, das derartig von fremden Interessen bestimmt wird, jede Veränderung ein Risiko bedeutet. Aber sich an einen morschen Balken zu klammern, weil man befürchtet, dass der ganze Boden zusammenbricht, scheint nicht die intelligenteste Option zu sein.

Die Opposition ist ideologisch weit gestreut und hat als einziges gemeinsames Projekt, den Rücktritt von Ortega-Murillo zu fordern. Wäre es da nicht aus einer linken Perspektive heraus viel konsequenter, diese Jugendlichen, die sich selbst immer noch mit den Idealen Sandinos identifizieren, solidarisch zu begleiten und diese authentischen Volksbewegungen zu unterstützen, damit sie nicht alleine bleiben und ihre Ziele nicht von anderen, fremden Interessen missbraucht werden?

Man muss es sogar in der Wüste schreien: Wir können für den Sturz dieser korrupten Regierung kämpfen und dabei links und sandinistisch sein und den Imperialismus verurteilen. Wir müssen für den Sturz dieses Diktators kämpfen, gerade um die geschändeten Werte der Linken erhobenen Hauptes wieder erneut aufgreifen und verteidigen zu können.

Wir müssen dies tun, damit unsere Eltern, die das Beste ihres Lebens (und unserer Kindheit) für eine so großartige Sache opferten, nicht das Gefühl bekommen, umsonst gekämpft zu haben, und damit sie nicht auf den Gedanken kommen, dass die aktuellen blutigen und wahnsinnigen Verirrungen etwas mit den Idealen zu tun haben, an die sie geglaubt haben. Es ist nicht ihnen anzulasten, dass einige psychopathische Mörder, die sich als Revolutionäre verkleiden, dafür sorgen, dass sie bis in ihr Grab unter der ungerechtfertigten Last ihrer Schuld leiden.

Was hat dieses Land an sich, dass es derart unter seiner Geschichte leiden musste? Vor 40 Jahren waren es unsere Eltern, die eine Diktatur stürzen mussten. Heute sind wir dran. Ohne Waffen, nahezu ohne Unterstützung, von Unverständnis umzingelt, fast ohne eigene Mittel und ohne die nötige Zeit, um nachzudenken und uns zu organisieren.

Sehr geehrte Herren Obergurus der angepassten Linken, wenn Sie Daniel Ortega so sehr als Bezugspunkt und als Ihren Weggefährten lieben, dann behalten Sie ihn! Aber aus Respekt vor denen, die ihr Leben gegeben haben und die weiterhin ihr Leben für ihre Träume, für ihre Ideale und nicht für irgendwelche schäbigen Interessen geben, hören Sie bitte auf, uns zu belästigen, gehen Sie auf die andere Straßenseite und geben Sie sich einen anderen Namen! Wir müssen die Linke und den Internationalismus neu erfinden. Lassen Sie die Longdrinks stehen, und begeben Sie sich auf die Ebene der Pflastersteinbarrikaden. Denn anders als Sie glauben, kann man den Horizont von dort aus viel besser erkennen.

Anstatt die Realität so lange zu verdrehen, bis sie in Ihre überholten Theorien passt, anstatt etwas zu verteidigen, was nicht verteidigt werden kann, versuchen Sie zumindest ein kleines Loch in Ihren Spekulationen zu finden, das es Ihnen erlaubt, einer Handvoll von erzürnten (*encachimbados*) Leuten, ohne Waffen, ohne Geld und ohne Kontakte zum CIA das Recht zuzugestehen, zu existieren, sich öffentlich auszudrücken und für ihre linken Ideale und Rechte zu kämpfen.

Sehr geehrte Obergurus: Wir können uns in den Praktiken der Linken, die Sie repräsentieren, nicht wiedererkennen, sondern beim jetzigen Stand der Entwicklungen sehen wir uns als Waisenkinder dieser Linken!

Die Linke steht in aller Dringlichkeit neuen Herausforderungen in einem neuen Kontext gegenüber, für die wir noch keine klaren Fragen oder Antworten gefunden haben und noch viel weniger Gewissheiten oder gar Theorien. Es gibt Dinge, die wir bisher noch nicht verstehen. Aber es gibt noch etwas viel Schlimmeres, als nicht zu verstehen, nämlich davon überzeugt zu sein, alles zu verstehen, und dann auf völlig unangemessene Antworten zurückzugreifen. Dennoch gibt es Prinzipien, die auf jeden Fall gültig sind und an denen wir festhalten müssen, unsere Ethik und unseren Humanismus, ohne die es keine Linke gibt.

In einer anderen Epoche sagte ein prophetischer und klar denkender kommunistischer Dissident einmal: „Die alte Welt stirbt. Die neue ist noch nicht aufgetaucht. Und in diesem Halbdunkel entstehen die Monster.“ Hoffentlich wird die Linke nicht weiterhin ihr Komplize sein. ■